



**Änderungsantrag
der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
zum Antrag der Fraktion der CDU (Drucksache 15/71)**

Finanzsituation der kommunalen Gebietskörperschaften

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, den Bericht der Landesregierung zur Finanzsituation der kommunalen Gebietskörperschaften vom 12.01.2000 – Drs. 14/2664 – zu aktualisieren, um die Daten der Gemeinden des kreisangehörigen Bereichs zu ergänzen und in der aktualisierten und ergänzten Fassung spätestens zur Juli-Tagung des Landtages erneut vorzulegen. Der Landtag erwartet, dass

- die berichtsrelevanten Daten, sobald sie vorliegen,
- die Berichtsteile, die fertiggestellt sind, sowie
- der Gesamtbericht

jeweils unverzüglich dem Sonderausschuss "Kommunales zur Weiterentwicklung der Beziehungen zwischen dem Land und den Kommunen" und der Enquete-Kommission "Finanzbeziehungen zwischen Land und Kommunen sowie Kommunen untereinander" als Arbeitsmaterial vorgelegt werden.

Der Bericht soll auch eine Darstellung und Bewertung der Auswirkungen aktuell getroffener und anstehender Entscheidungen des Bundes auf die kommunalen Haushalte enthalten. Einbezogen werden sollen auch die Auswirkungen, die durch die Einführung des Pflegeversicherungsgesetzes und die Änderungen des Kinder- und Jugendhilfegesetzes in Bezug auf die Übertragung für Fälle der seelischen Behinderung aus der Sozialhilfe in die Jugendhilfe ab 1995 entstanden sind.

Holger Astrup
und Fraktion

Monika Heinold
und Fraktion